

Zeitschrift: Die Schweiz : schweizerische illustrierte Zeitschrift
Band: 23 (1919)

Rubrik: Illustrierte Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Illustrierte Rundschau



Altes Haus und Felsenburg im Kandergrund. Phot. Kraal & Bopp, Zürich.

Politische Uebersicht.

Zürich, 10. März 1919.*

In unserm deutschen Nachbarstaate ist neben dem Bürgerkrieg, dessen die Regierung immer noch nicht Herr zu werden vermag, die Frage der Versorgung mit Lebensmitteln das Hauptproblem. Der Mangel an Zufuhr von solchen vereinigt sich mit der grauenhaften Unordnung im Innern, der gänzlichen Desorganisation des Verkehrswesens und der Lahmlegung der wichtigsten Industrien durch die unaufhörlichen Streiks, um die Not aufs höchste zu steigern und die Verpflegung großer Bevölkerungszentren immer schwieriger zu gestalten. Umso unbegreiflicher ist es, daß die Vertretung der deutschen Regierung die Verhandlungen mit der Entente-Kommission in Spa über die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zum Scheitern kommen ließ. Man kann sich das nur so erklären, daß die Männer, die

mit der bisherigen Führung der Unterhandlungen mit der Entente betraut waren und wegen ihrer „unverzeihlichen Nachgiebigkeit“ gegnerischen Forderungen gegenüber viele Vorwürfe, auch in der Nationalversammlung und namentlich in der Presse, einstecken mußten, nun einmal zeigen wollten, daß sie sich „denn doch nicht alles gefallen lassen“ und auch noch sich zu wehren wüßten. So erhoben sie denn plötzlich gegen die Ausführung der von ihnen unterzeichneten und rechtskräftigen Waffenstillstandsbedingungen, die sich auf die deutsche Handelsflotte beziehen, Einsprache und knüpften an die Einlösung des gegebenen Wortes Bedingungen wie die, daß die Handelsflotte nur zur Verfügung gestellt werden solle, wenn die Entente die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln bis zur nächsten Ernte garantiert, und nur soweit, als die Lebens-



Im Neuen Deutschland. Die erste Sitzung des Kabinetts Scheidemann im Schloß zu Weimar; von links nach rechts: Kaufser, Presschef in der Reichskanzlei, Robert Schmidt (Ernährung), Schiffer (Finanzen), Scheidemann, Ministerpräsident, Dr. Landsberg (Justiz), Wissel (Wirtschaft), Gustav Bauer (Arbeit), Graf Brockdorff-Rantzau (Aeußeres), Dr. David (ohne Portefeuille); vorn rechts: Noske (Reichswehr), Gotheim (ohne Portefeuille), Dr. Bell (Kolonien), Dr. Preuß (Inneres), Giesberts (Post).

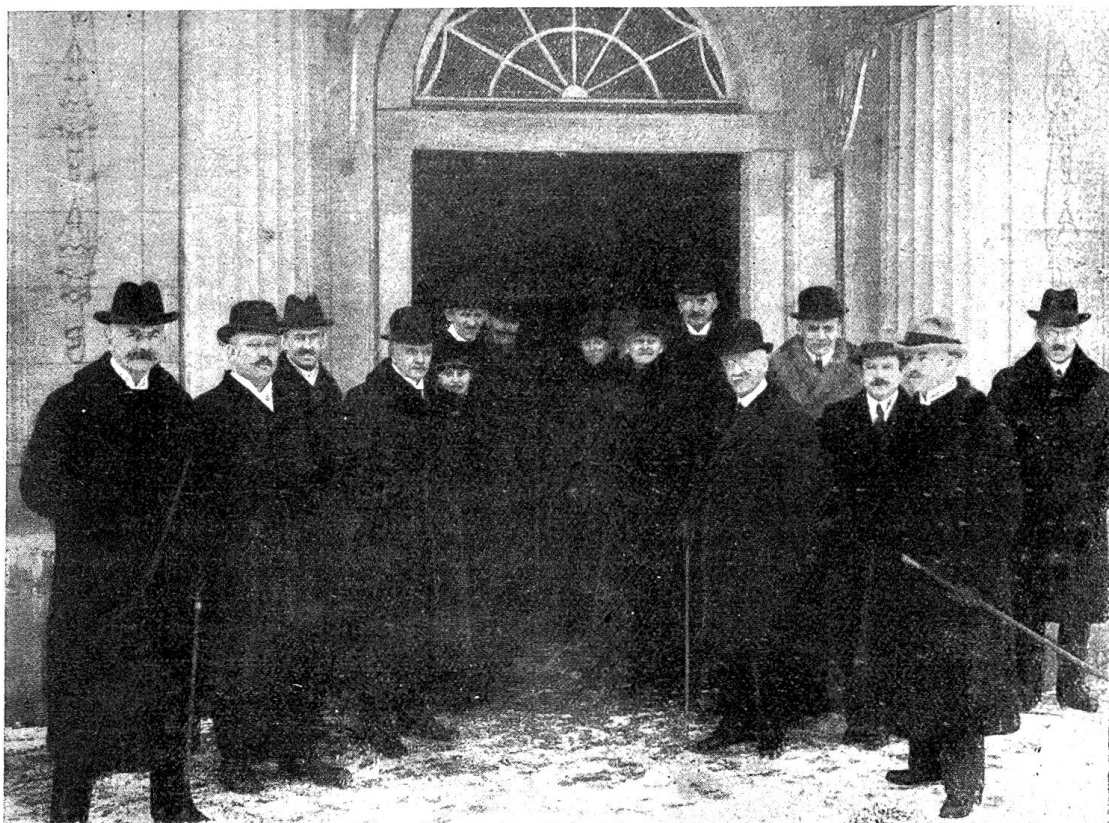
mittel zum Versand nach Deutschland faktisch zur Verfügung standen. Es ist selbstverständlich, daß die Unterhändler in Spa auf diese Zumutung gar nicht eintreten konnten. Wie sollten sie nun auf einmal die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln bis zur nächsten Ernte „garantieren“ können, wo sie nicht einmal wußten, ob überhaupt so viele Lebensmittel zu ihrer Verfügung standen und ob sie auch nur imstande seien, zunächst die Versorgung ihrer eigenen Länder und derjenigen ihrer Alliierten und Freunde, die ihnen immerhin doch näher stehen dürften als Deutschland, zu garantieren. Vor allem aber widerspricht die deutsche Forderung dem Art. 8 des in Trier am 16. Februar unterzeichneten Zusatzabkommens zum Waffenstillstandsvertrag, der klipp und klar bestimmt: „Um die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zu sichern, wird die deutsche Regierung die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um während der Dauer des Waffenstillstandes die deutsche Handelsflotte unter die Kontrolle und die Flagge der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten, denen ein deutscher Delegierter beigegeben wird, zu stellen. Dieses Uebereinkommen präjudiziert in keiner Weise die endgültige Ver-

fügung über die Schiffe.“ Man scheint in Deutschland auch ganz zu übersehen, daß die Gegner schon deswegen gar nicht die Möglichkeit haben, die Wünsche der deutschen Regierung nach Lebensmittelfuhr prompt zu erfüllen, weil es effektiv an Schiffen fehlt zum Transport dieser Warenmengen. Die Lonnage, die hiefür jetzt so bitter nötig wäre, liegt auf dem Meeresgrund, versenkt von den deutschen U-Booten. Mit großer Befriedigung, ja mit Jubel hat man Monat für Monat die Statistik des Reichsmarineamtes gelesen, die konstatierte, wieviel hunderttausend Tonnen feindlicher oder neutraler Schiffsraum wieder in den Drcus gesandt wurde, und nicht bedacht, was einsichtige Leute schon damals sagten: daß mit jedem feindlichen oder neutralen Schiff, das versenkt wurde, gewissermaßen zugleich auch ein deutsches Schiff zugrunde gehe, ein Schiff nämlich, das nach dem Krieg außerordentlich nötig wäre zur Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen nach Deutschland. Man kann es nicht tief genug beklagen, daß den führenden Männern des deutschen Volkes auch jetzt noch die Einsicht fehlt, die ihnen zu beurteilen ermöglicht, in welcher Lage sich ihr unglückliches Land eigentlich gegenwärtig

in der Welt befindet und wie fatal und verhängnisvoll es wirken muß, wenn man immer noch glaubt, nach außen den Schein eines bloß unverschuldet ins Unglück gekommenen und nun von schadenfrohen Gegnern grausam mißhandelten und unterdrückten braven Kerls aufrechtzuerhalten zu können, anstatt nun einmal ehrlich die Konsequenzen aus den furchtbaren Irrtümern und Fehlern der eigenen Regierung zu ziehen.

Einer der wenigen, die von dem wirklichen Stand der Dinge einen Begriff hatten, war Kurt Eisner, der Präsident der bayrischen Republik. Er ist am 21. Februar, als er sich auf dem Weg in den Landtag befand, von einem jungen aristokratischen Offizier, dem Grafen Arco-Valley ermordet worden. Eine Stunde später drang der Spartakist Lindner, ein Metzger, in den Landtagsaal ein, schoß den auf der Rednertribüne stehenden Minister Au er nieder und tötete durch einen

weitem Schuß den Abgeordneten Desel. Eisner ward das Opfer der Reaktion, Au er, der übrigens noch lebt, und Desel sind von Spartacus beseitigt worden. Beide Mächte, Reaktion und Spartacus, reichen sich die Hände zum vollständigen Ruin des von allen Göttern verlassenen Deutschland. Das sinnlose Attentat gegen Eisner, der sich zu den unabhängigen Sozialisten zählte, schien zunächst der Herrschaft der äußersten Linken den Weg zu bahnen; allein trotz der allgemeinen Empörung über den Mord drang bei den Arbeiter- und Soldatenräten der Antrag des Anarcho-Sozialisten Mühsam, nun sofort eine Räterepublik nach russisch-bolschewistischem Muster zu proklamieren, nicht durch. Die städtischen Revolutionäre wollten sich nicht trennen von den bayrischen Bauernräten, die zwar politisch sehr weit links stehen, aber doch absolute Gegner einer bolschewistischen Diktatur sind. Die Bauernräte stimmten gegen den Antrag



Die diplomatische Vertretung bei der Deutschen Nationalversammlung in Weimar.

Von links nach rechts: v. Effen, schwed. Gesandter; Minister Mercier, Schweiz. Gesandter; Ministerresident v. Nappardt v. d. niederländ. Gesandtschaft; Holt, finnischer Gesandter, und Tochter; v. Kühlmann, Legationsrat im Russw. Amt; Frau Mercier; Frau Basco; Legationsrat Basco v. d. norweg. Gesandtschaft; Hussein Kuli Kaan Nawaf, pers. Gesandter; Graf Moltke, dänischer Gesandter; Mehmed Behdi Bey, I. Sekretär bei der türk. Botschaft; Oberst Krumm-Holler, Attaché bei der mexikan. Gesandtschaft; Herr Schaulhs, litauischer Gesandter.

Mühsam geschlossen wie ein Mann. So entstand ein Kompromiß, der die Regierungsgewalt vorläufig noch in den Händen der unabhängigen Sozialisten ließ, obwohl diese nicht die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen.

Berlin war in den letzten Tagen abermals der Schauplatz eines fürchterlichen Spartakisten-Putsches. Auf dem Alexanderplatz begann am Mittwoch, 5. März, ein Straßengefecht, das alle Schrecken der bisherigen blutigen Berlinerereignisse hinter sich ließ. Kanonen brüllten, schwere Minenwerfer traten in Tätigkeit, und in der Luft beteiligten sich gepanzerte Flugzeuge ebenfalls durch Aufklärungsflüge an der mehrstündigen Schlacht. Die Flieger, die dicht über die Hausdächer dahinstrichen, hatten die Aufgabe, die Dächer von den eingebauten spartakistischen Maschinengewehren zu säubern, während die spartakistische Volksmarine mit Revolverabwehrgeschützen gegen die Flieger feuerte. Den Regierungstruppen gelang es schließlich, durch Minenwurf den unterirdischen Tunnel der Untergrundbahn zu zerstören, in dem die Spartakisten ihre Verstärkungen und Munition heranzuführten. Dadurch gelang es den Regierungstruppen, auch das hart bedrängte Polizeipräsidium wieder ganz in ihre Hände zu bekommen. Der ganze Alexanderplatz gleicht jetzt einem großen Trümmerfeld mit Minenlöchern bis zu 7 Metern Tiefe. Die in ihrer Hauptstellung geschlagenen Spartakisten zogen sich in die Außenquartiere zurück und machten ihrer Wut in bestialischen Greuelthaten Luft. Wie die Berliner Zeitungen berichten, wurden einige Fahrzeuge, die zur Verpflegung für ein Freiwilligenkorps entsandt waren, in der Warschauerstraße von einer hundertköpfigen Menge angehalten, die Insassen entwaffnet, mißhandelt und zur Hinrichtung abgeführt. Im Hofe der Omnibusgesellschaft, dem gegenwärtigen Sitz der Spartakisten, fanden schauerliche Szenen statt. Gefangene Regierungssoldaten und Beamte wurden gezwungen, auf Verpflegungswagen zu klettern und zwar immer je 18 auf jeden Wagen; beim Hinaufklettern wurden sie erschossen; wenn die Wagen voll Leichen waren, zogen die Spartakisten sie fort. Erschossen

wurden in diesem Hof von frühern Zuchthäuslern und befreiten Verbrechern, die die Spartakisten bewaffnet hatten, auch etwa 60 Berliner Kriminalbeamte. Wer sich widersetzte, wurde von 4—5 Spartakisten festgehalten, während der sechste ihn mit der Pistole vor die Stirne schob. Alle nur denkbaren Greuel des Krieges müssen die Berliner nun noch in ihren eigenen Mauern sehen.

Daß ein Land, in dessen Eingeweiden solche Kämpfe rasen, seiner auswärtigen Politik nicht die nötige Aufmerksamkeit schenken kann, ist wohl verständlich, ebenso, daß die jetzige Regierung in der auswärtigen Politik keine glücklichere Hand hat als die alte, weil sie einfach deren Methoden fortsetzt, anstatt auch die ganze äußere Politik auf einen neuen Boden zu stellen und damit das Vertrauen der Nachbarn wiederzugewinnen. Es erinnert ganz und gar an die alten faulen Geschichten vom Bombenkurier in Norwegen, den Luxemburg-Depeschen und ähnlichem, wenn man jetzt liest, daß die tschecho-slowakische Regierung einen Kurier des Berliner auswärtigen Amtes verhaftete, der dem deutschen Vizekonsul in Prag eine Unmasse Flugblätter und Karten überbringen sollte. Dieser Vizekonsul Schwarz hatte sich nämlich die Aufgabe gestellt, mit Benützung des Konsulat-Kuriers einen bewaffneten Aufstand in Deutsch-Böhmen gegen die tschechische Herrschaft vorzubereiten. Außerdem versuchte Schwarz, einen Spionagedienst im böhmischen Pressedepartement zu organisieren und Beamte zu bestechen, die ihm — übrigens wesentlich falsche — Nachrichten überbrachten, die Schwarz dann den Wiener Blättern zur Veröffentlichung übersandte.

In Ungarn hat der größte Grundbesitzer des Landes und provisorische Präsident der ungarischen Republik, Graf Karolji, es unternommen, der Verbreitung des Bolschewismus auf dem Lande dadurch entgegenzuarbeiten, daß er die Bauern zu Herren eigenen Landes machte. Nach seinem Plane soll der Großgrundbesitz nun sukzessive aufgeteilt werden, zuerst die Güter der Kriegsgewinner, dann die der im Ausland Lebenden, zuletzt die der Kirchen- und Aktiengesellschaften. Nur der staatliche und kommunale Grundbe-



Die Ankunft des Schweizer Liebesgabenzuges in Wien. Der Empfang der Delegierten.
 Phot. Heinrich Schuhmann, Wien.

fiß soll im Eigentum der Allgemeinheit bleiben. In erster Linie werden bei der Landverteilung Kriegsinvalide, geistige Arbeiter, die durch den Krieg ihre Stelle verloren haben, verheiratete Dienstboten, Auswanderer usw. berücksichtigt. Das gute Beispiel mit der Landverteilung gab Graf Karolvi selbst, indem er damit auf seinen eigenen Gütern den Anfang machen ließ. Wird diese Maßregel vollständig durchgeführt, so vollzieht sich in Ungarn eine wirtschaftliche Veränderung, die stärker in das politische Leben eingreift als alle Reformen, die bisher vorgeschlagen worden sind.

Zwischen Polen und der Ukraine herrscht immer noch der offene Kriegszustand, und im schlagenumtobten Lemberg werden neuerdings blutige Gefechte geliefert. Es war der Entente gelungen, zwischen Tschechen und Polen und zwischen Polen und Deutschen einen Waffenstillstand herbeizuführen; allein, was für sie ebenso wichtig gewesen wäre, ein Ende der militärischen Aktionen zwischen Ukrainern und Polen herbeizuführen, das hat sie bis heute nicht zu erreichen vermocht. Die Ukrainer haben den polnischen Vorschlag einer Demarkationslinie für unan-

nehmbar erklärt und die Verhandlungen abgebrochen. Das bedeutet für die Pazifizierung des Ostens eine neue Erschwerung und Verzögerung, was umso bedauerlicher ist, als keine Partei hoffen kann, durch militärische Erfolge etwas Definitives zu schaffen. Wilson und Lloyd George haben wohl namentlich auch im Hinblick auf die Ukraine die kleinen Nationen davor gewarnt, sich durch militärische Aktionen noch irgend welchen Vorteil sichern zu wollen.

Nicht sehr ermutigend ist gegenwärtig auch der Blick nach Paris, wo die Friedenskonferenz der Alliierten tagt. Dem mißglückten Attentat des bolschewistischen Anarchisten Cottin auf den greisen Ministerpräsidenten Clemenceau am 19. Februar kommt glücklicherweise nur die Bedeutung eines Zwischenfalles zu. Was aber den Gang der Verhandlungen am grünen Tisch der Diplomaten betrifft, so wirkt ihr schleppender Gang und ihr bisheriges höchst kümmerliches, um nicht zu sagen rein negatives Resultat deprimierend. Die Reise, die der Präsident Wilson zwischenhinein nach Amerika unternahm zur Besorgung der notwendigsten Regierungsgeschäfte, unterbrach neuerdings für

einige Wochen die Arbeiten der Konferenz. Es scheinen sich im Schoß der Alliierten zwei Strömungen entgegenzuarbeiten: die eine, als deren Träger die Franzosen gelten, drängt darauf, daß zuerst der Friede zustandezubringen und zu unterzeichnen sei, bevor man an die Diskussion des Völkerfriedens gehen könne, Präsident Wilson dagegen, der für seinen Standpunkt auch die Unterstützung der Engländer fand, wollte durchaus beide Fragen gleichzeitig behandelt und den Frieden nicht geschlossen wissen, bevor der Völkerbund wenigstens in seinen Umrissen fest stand. Das Resultat dieser auseinandergehenden Bestrebungen ist nun, daß vorläufig weder der Frieden noch der Völkerbund zustandekommt. Auf den 13. März wird Präsident Wilson zurück erwartet, und soweit die neueren Berichte einen Schluß zulassen, scheint nun doch auch er selber der Meinung zu sein, daß das Dringendste im jetzigen Augenblick der Friede ist; es wird deshalb auch angekündigt, daß wahrscheinlich binnen 8—10 Tagen der Friede, der dem Weltkrieg auch sein formelles Ende bereiten

soll, unterzeichnet werden dürfte, zu welchem Akt dann auch die deutschen Delegierten nach Paris eingeladen würden.

Für die Schweiz steht nun ebenfalls eine wichtige Entscheidung bevor: es ist die Frage des Eintritts in den Völkerbund, so, wie er von den Mächten der Pariser Konferenz gedacht und vorbereitet worden ist. Wie bereits in der letzten Nummer mitgeteilt wurde, hat der Bundesrat durch eine Expertenkommission eine besondere Vorlage für den künftigen Völkerbund ausarbeiten lassen und den Mächten in Paris zugestellt. Es ist diesem schweizerischen Vorschlag im ganzen eine sehr

sympathische Aufnahme zuteil geworden; man rühmt die Sorgfalt und Umsicht, mit der die Beauftragten des Bundesrates zu Werk gegangen sind, und gibt zu, daß der von ihnen eingeschlagene Weg wohl der sicherste sein würde, um künftige Kriege nach Möglichkeit zu vermeiden. Immerhin erheben sich gewisse Bedenken gegen den Anspruch des Bundesrates, die schweizerische Neutralität, so, wie sie vom Wiener Kongreß im Jahre 1815 definiert und anerkannt worden ist, unverändert und ungeschmälert auch in die neue Zeit hinüberzuretten und selbst im Völkerbunde beizubehalten. Nun besteht aber

das Wesen des Völkerbundes gerade darin, daß die verschiedenen Nationen sich zu einer Vereinigung zusammenschließen, deren Mitglieder sich gegenseitig Schutz und Hilfe gegen jeden Angriff zusagen; die einzelnen Mitglieder sollen aber nicht bloß von der Gesamtheit geschützt werden, sondern auch ihrerseits zum Schutz der andern mitwirken. Es gehe also nicht wohl an, daß ein Land wie die Schweiz zwar für sich den Schutz des Völkerbundes genieße, selber aber, dank seiner ewigen Neutralität,

von der Verpflichtung befreit bleibe, mit seinen Kräften ebenfalls andern Gliedern des Völkerbundes, wenn diese gefährdet werden, beizustehen. Man kann sich der Argumentation, daß auch die Schweiz so gut wie jeder andere Staat im Völkerbund einen Teil seiner Souveränität zugunsten des Ganzen zu opfern habe, nicht wohl verschließen, und andererseits wäre es für uns Schweizer doch wiederum sehr bemühend und nicht unbedenklich, wenn wir wegen dieser schwierigen Neutralitätsfrage dem Völkerbunde fernbleiben müßten. Wir sind auf die Lösung des Konfliktes sehr gespannt.



Dr. Salome Schneider, Sekretärin in der eidg. Steuerverwaltung. Der erste weibliche Beamte in der Bundesverwaltung. Phot. F. Sost, Bern.



Karl Hännny, Bern.

Christus.
Holzschnitt (1919).

